



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/25 - 30.1.1952

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Frankreich ist entrüstet	S. 1
Ein Botschafterposten in Moskau wurde frei	S. 3
Veit Harlan - Mittelpunkt des Antisemitismus	S. 5
Glosse: So ändern sich die Zeiten	S. 6
Des Kanzlers Dilemma	S. 7

Saar - Reaktionen

(sp) Diesen Erpressungsversuch habe man schon seit einiger Zeit erwartet. Die Deutschen vergäßen nur, daß sie bewußt in 30 Jahren zwei Weltkriege heraufbeschworen haben. Die deutsche Sozialdemokraten aber freuten sich über die Wendung der Dinge und bemühten sich, daß der Kanzler "Frankreich unter das kaudinische Joch zwingt"... Das ist die Sprache von "L'Aurore", dem führenden de Gaulle-Organ zu den letzten Reaktionen auf die Ereignisse an der Saar und die Partei de Gaulles ist mit ziemlicher Sicherheit die bestimmende Partei in der Regierung, die eines Tages das gegenwärtige Übergangskabinett der Mitte ablösen dürfte.

Auch für den sozialistischen "Populaire" ist die Wiederherstellung der völligen deutschen Souveränität eine furchterregende Vorstellung. Auf die deutsche Reaktion zur Saarkrise schreibt das Blatt: "Und das sieben Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes, - als ob der vom Dritten Reich entfesselte Weltkrieg nicht stattgefunden hätte!" In Washington, London und Paris müsse man das deutsche Problem von Grund auf neu durchdenken.

Das sollte man, wirklich, aber wir glauben in einer anderen Richtung, als sie hier zum Ausdruck kommt. Der Ausgangspunkt dieser Überlegung ist dabei weniger die Ernennung Monsieur Grandval zum Botschafter in Saarbrücken, mit den Rechten eines absoluten Souveräns in der Lande, in dem er akkreditiert ist.

Die Maßnahme lag seit langem in der Luft. Viel aufschlußreicher ist die Wahl des Zeitpunktes - 14 Tage nach Annahme des Schuman-Planes - die Form der Bekanntgabe und vor allem das Echo in der französischen Presse auf die deutsche Reaktion. Gerade darin offenbart sich unbestreitbar, daß Frankreich gegen schriftlich fixierte Erklärungen seines verantwortlichen Außenministers seinen Willen erneut und mit größtem Nachdruck sichtbar machte, einem künftigen Friedensvertrag vorzugreifen und deutsches Gebiet durch die Schaffung überragender wirtschaftlicher und politischer Vorzugspositionen für Frankreich de facto zu annektieren.

Das alles geschieht auf dem Höhepunkt des internationalen Gesprächs über die Errichtung eines gemeinsamen Verteidigungssystems und einer möglichst weitreichenden europäischen Gemeinschaft, auch auf dem Gebiete der allgemeinen Politik und der Wirtschaft. Alle diese Bemühungen werden, soweit das nicht schon durch andere Vorgänge geschehen ist, durch die letzten Ereignisse hoffnungslos in Miskredit gebracht. Man müsse das deutsche Problem neu durchdenken, schrieb, wie erwähnt, der "Populaire". Man sollte das in dem Sinne tun, daß man sich von der Vorstellung löst, mit der Denkweise der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit könne man ein geeintes und gesundes Europa schaffen.

Es ist nicht Deutschlands Schuld, daß nach dem Ende des Krieges eine weltpolitische Situation entstanden ist, die drei Siegermächte dieses Krieges zwingt, den Besiegten von gestern als Verbündeten von morgen gegen den vierten Partner von damals zu umwerben. Die Franzosen sind Freunde des logischen Denkens. Gerade sie sollten sich den Schlußfolgerungen, die sich aus der gegenwärtigen Situation zwangsläufig ergeben, nicht verschließen.

+ + +

Aus einem Bericht von Saarbrücken entnehmen wir, daß Saar-Hoffmann immer wieder den Versuch unternimmt, eine sogenannte "Oppositionspartei" christlicher Prägung gründen zu lassen, mit der er nach dem Verlust seiner absoluten Mehrheit nach Neuwahlen koalieren könnte. In letzter Zeit ist man bemüht, den ehemaligen Zentrumsabgeordneten Dr. Stegemann und Richard Becker, den Vorsitzenden der verbotenen Demokratischen Partei, für die Bildung einer Zentrums-Partei zu gewinnen, die vor der Wahl in Opposition machen und die Abtrünnigen für Hoffmann auffangen soll. Dabei wird die Tatsache, daß man jeder neuen Partei ihren Vorsitzenden durch die Regierung vorschreiben will, auf die Demokratie an der Saar ein bezeichnendes Licht.

+ + +

Schlecht belohnte Potsdamer

Von Wenzel Jaksch

Man kann sich den Gewaltigen im Krenl nicht genug prostituieren, um nicht zum Schluß doch den Fußtritt zu bekommen. Diese Erfahrung bleibt auch den Führern der sudetendeutschen Kommunisten nicht erspart. Die Nachricht, daß Gottwalds Gesandter in Moskau, Karel Kreibich, ebenfalls unter den Säuberungsbesen gekommen ist, erinnert wieder an den Mohr, der seine Schuldigkeit getan ...

Als nach dem ersten Weltkriege die Sudetendeutschen aller Richtungen das von Wilson verheißene Selbstbestimmungsrecht forderten und gegen die Zwangseingliederung in einen tschechischen "Nationalstaat" protestierten, da tat sich ein schwarzgelockter Jüngling in Nordböhmen besonders im Nationalradikalismus hervor. Auf den Höhen vor Reichenberg wollte er Schützengräben aufwerfen, um die anrückenden tschechischen Soldaten mit Pulver und Blei zu empfangen. Übers Jahr marschierte er bereits mit den tschechischen Kommunisten.

Dieser Kreibich spielte aber noch als Kommunist den unentwegten sudetendeutschen Volkstumskämpfer. Es kam ihm dabei zustatten, daß die Russen lange nach dem ersten Weltkriege noch die Tschechoslowakei als eine unhaltbare Konjunkturgründung ansahen. Programmatisch vertrat die Dritte Internationale die "Selbstbestimmung bis zur Losreißung". Meister Gottwald benützte zu dieser Zeit seine bescheidenen Deutschkenntnisse, die er als Zimmergeselle auf Wiener Baustellen erworben hatte, um in Eger gegen die nationale Unterdrückung der Sudetendeutschen zu donnern.

Die große Stunde der Herren Gottwald und Kreibich schlug aber erst im zweiten Weltkriege, als Stalin seine panslawistischen Leimruten auslegte und die tschechischen "Westler" prompt darauf hineinfielen. Gottwald hatte schon als junger Abgeordneter im Prager Parlament den Anhängern Masaryks angekündigt, daß er ihnen das Genick brechen werde. Sein Optimismus wurde übertroffen. Sie brachen sich durch den Benesch-Stalin Vertrag und durch die anschließenden Deutschenaustreibungen selber das Genick.

Kreibich war 1938 von Moskau angewiesen worden im demokratischen

England Exil zu suchen. Während der Kriege wurde aus dem Sudetendeutschen Karl Kreibich der Tscheche Karel Kreibich. Vor dieser Namensänderung leistete er Benesch noch große Dienste. Wann immer sich in der englischen Öffentlichkeit Stimmen des Protests gegen die geplanten Massenausreibungen erhoben, da meldeten sich die sudetendeutschen Kommunistenführer, Kreibich an der Spitze, zu Worte, um zu beweisen, daß Benesch nur eine antifaschistische Reinigungsaktion vorhabe, mit deren Zielen auch die sudetendeutschen Hitlergegner übereinstimmten.

Als sich der Krieg dem Ende zuneigte, hoben die Kreibich und Konsorten von ihren Anhängern im Exil noch eine "Befreiungsspende" von je einem englischen Pfund ein. Dank dem Entgegenkommen der westlichen Alliierten konnten die sudetendeutschen Kommunistenführer ohne Zeitverlust die ihnen zugedachten Posten in der Tschechoslowakei oder in der Sowjetzone Deutschlands antreten. Kreibich hatte die appetitliche Aufgabe bekommen, seine eigenen Parteifreunde abzuschieben und etwaige tschechische Skrupel gegenüber dem "geordneten und humanen" Bevölkerungstransfer zu überwinden. Im Gewerkschaftsblatt "Tvorcha" schrieb er im Sommer 1945 an die Adresse der Tschechen:

"Kümmert euch nicht darum, wieviel Deutsche endgültig da sein werden, je weniger, desto besser".

So endete die politische Laufbahn des seinerzeitigen Wortführers der sudetendeutschen Kommunisten. Sein Judaslohn war der Posten eines tschechischen Gesandten in Moskau. Die deutsche Großmutter Kreibichs scheint aber wieder entdeckt worden zu sein. So wird er nun in die große Reinigung einbezogen, die bereits einen Klerentis und einen Slansky verschlungen hat. Mit Kreibich ist auch Bruno Köhler in Ungnade gefallen, der von der Moskauer Emigration als besonderer Vertrauensmann des Kreml nach Prag zurückgekehrt war. Von den sudetendeutschen Potsdam-Helfern ist nur noch einer in Amt und Würden, Herr Appelt, der Moskauer Gesandte der jetzigen Regierung. Wie lange noch ?

+ + +

Ein politischer Schrotthandel

-y. Ein Willy Knothe jun. aus Frankfurt a.M. bemühte sich seit einiger Zeit in Mainz um die Zulassung als Schrotthändler. Diese Zulassung konnte wegen der in diesem Gewerbe oft mangelnden Zuverlässigkeit im Ankauf unehrlich erworbener Altmotoren und der bestehenden großen Überbesetzung im "Beruf" nicht gewährt werden. Der Antragsteller für den Schrotthandel hat nun inzwischen seine Liebe zur Politik entdeckt und "beschloß Politiker zu werden". Unter seinem Namen, der zur Irreführung sehr geeignet ist, versendet nun die KP unter dem hochtrabenden Namen "Kommission zur Ausarbeitung einer politischen Plattform der sozialdemokratischen Opposition" umfangreiche Drucksaften. Ein neuer politischer Dreh der KP, aber sofort als das erkannt, was es ist - ein politischer Schrotthandel.

+ + +

Polizei demonstriert gegen Demokratie

G. In Freiburg und Göttingen haben Studenten aus Anlaß der Auf-führung des Filmes "Hanna Amon" gegen seinen Macher Veit Harlan öf-fentlich demonstriert. Sie demonstrierten gegen den Mann, der mit seinem "Jud Süß"-Streifen dazu beigetragen hat, daß Millionen von unschuldigen Menschen einem organisierten und aufgeputschten Haß zum Opfer fielen. Viele Menschen identifizieren sich soweit mit der Ehre ihres Volkes, daß sie sich der von anderen verübten Barbarei schämen.

Die Schreiber der haßerfüllten anonymen Briefe, die den Frei-burger Studenten nach ihrer Aktion zugestellt wurden, wie auch die Rowdies von Göttingen sehen den "Meisterregisseur" gewiß in einer anderen Rolle, als er sie jetzt zu spielen vorgibt. In welcher Stadt er auch auftaucht, seine Anwesenheit wird zum Mittelpunkt antisemi-tischer Provokationen. Es geht dabei nicht mehr um einen alten Film und eine Rechtfertigung, es geht um die Gefahr des neuen Antisemi-tismus. Finstere und ekelhafte Regungen werden von diesem Manne zum zweiten Male heraufbeschworen.

Aber Herr Veit Harlan schämt sich nicht. Er dreht weitere Filme. Kitschfilme. Gefühle mit obligatorischen Frauenleichen. Die Film-selbstkontrolle hilft mit. Die Bundesregierung schaut zu. Die Frei-burger und Göttinger Studenten aber schämten sich und darum prote-stierten sie entschlossen gegen den Mann und sein Werk. Wir müssen stolz darauf sein.

In Göttingen antworteten organisierte Schlägerkolonnen mit dem Jargon aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Rufe wie "Aufhängen, Juden raus, Judensöldlinge, Schlagt die Judenlürmel doch zusammen", und "Brecht den Judenmenschen die Knochen" offenbarten einen schauerli-chen Abgrund von Haß und Dummheit. Das ist Faschismus. Geschürt von den wiedererstandenen Mandataren des Hitler-Wahnsinns und seinen willfährigen Handlangern.

In der Breisgauer Metropole aber schlugen Zivilisten, die sich später oder gar nicht als Kriminalbeamte auswiesen, mit Gummiknüppeln die Demonstranten nieder, egal ob männlich oder weiblich, gesund oder schwerkriegsbeschädigt. Dort wurden die Fragen nach dem Namen

von Beamten mit Faustschlägen in's Auge beantwortet. Dort wurde ein Festgenommener selbst auf der Wachstube laufend geohrfeigt, vom Stuhl geschlagen und gezwungen, das eigene Blut mit einem Lappen aufzuwischen. Dort verfolgten uniformierte Polizisten den Sohn des sozialdemokratischen Bürgermeisters mit den Rufen: "Die sozialen Schweine kennen wir. Wir wissen, wo sie wohnen".

Das ist auch Faschismus. Die Demokratie darf sich diese Herausforderung nicht gefallen lassen. Sie muß sich endlich dazu entschließen, im Harnisch zu gehen. Es ist ein Skandal, daß Demokraten, die sich für den Bestand ihres Staates verantwortlich fühlen und danach handeln, von den eigentlichen Hütern dieses Staates zusammengeschlagen werden. Die schuldigen Polizeibeamten in Freiburg haben sich als Faschisten gezeigt und sind nicht geeignet, die Hoheitsfunktion eines demokratischen Staates weiterhin auszuüben. Die organisierte deutsche Arbeiterschaft ist stark genug, den Faschismus der Straße sehr bald auszulöschen. Veit Harlan aber steckt mit immer neuen Feuern das Haus der Demokratie in Brand. Der Brandstifter aber bleibt ungeschoren.

Wie lange noch bleibt die Bundesregierung Zuschauer? Und wie lange wird ein Großteil der deutschen Presse verschweigen, was sich nicht mehr verschweigen läßt?

+ + +

So ändern sich die Zeiten

"III. Die Bundesregierung erklärt ferner ihre feste Entschlossenheit, die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrechtzuerhalten und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern. Zu diesem Zweck wird die Bundesregierung mit der Hohen Kommission auf dem Gebiet des Militärischen Sicherheitsamtes eng zusammenarbeiten". - Aus der "Niederschrift der Abmachungen zwischen den alliierten Hohen Kommissaren und dem deutschen Bundeskanzler", auf dem Petersberg am 22. Nov. 1949.

Damals hielt es die Bundesregierung aus opportunistischen Gründen für gut, das Petersberger Abkommen, gegen das eine von der SPD eingereichte Klage beim Bundesverfassungsgericht läuft, zu unterzeichnen. Heute hält es die gleiche Bundesregierung für gut, ebenfalls aus opportunistischen Gründen, sich zum geraden Gegenteil zu verpflichten. Mit welchen Überraschungen und politischen Kapriolen wird morgen die Bundesregierung aufwarten? Und da wundern sich Bonn und der USA-Hochkommissar McCloy über den Zynismus und die Apathie der deutschen Jugend. Was gilt dann noch, wenn man heute verbrennt und verbannt, was gestern noch der Inbegriff von Regierungsweisheit war?

+ + +

Bricht diesmal der Krug ?

A.E. Bisher ging dem Kanzler alles glatt über die parlamentarische Bühne. Er konnte sich, wenn auch manchmal mit vielen Hüh und Hott, stets auf eine getreue Gefolgschaft verlassen. Murrten zuweilen seine Koalitionspartner, brachte er sie durch Kunstkniffe und sein unleugbar vorhandenes taktisches Geschick zum Verstummen. So geschah es bei der Abstimmung über den Beitritt zum Europarat - mit souveränen Gesten wurden etwaige schüchterne Bedenken über die möglichen außenpolitischen Folgen zur Seite geschoben - so geschah es bei der Ratifizierung des Schuman-Planes. Die vorher aufbegehrende FDP kroch bald zu Kreuze. Der Kanzler erwies sich als ein unfehlbarer Seilkünstler, der mit Balanciertricks wohl umzugehen wußte.

Aber auch Seilkünstler, wenn sie gar zu sicher auftreten, sind vor Fehlritten nicht gefeit. Die Krise innerhalb der Regierungskoalition über die Stellung zum deutschen Verteidigungsbeitrag geht diesmal an die Wurzel ihrer Existenz. Viele Koalitionsabgeordnete wollen und können nicht das verhängnisvolle Odium auf sich nehmen, durch ihre Zustimmung zur deutschen Wiederbewaffnung in dem von den Alliierten gewünschten und gesteckten Rahmen Vorspann für deutsche Söldnerdienste zu leisten. Zum ersten Mal stößt der Kurs des Kanzlers auf Schwierigkeiten in den eigenen Reihen. Was liegt näher als sich, aus taktischen Gründen, selbst an die Spitze der Unzufriedenen zu stellen ?

Also protestierte die Bundesregierung gegen die Ernennung Grandvals zum französischen Botschafter an der Saar und gegen die Verweigerung der Aufnahme der Bundesrepublik in den Atlantikpakt. Diesen Protest fehlt - ein hartes Wort, dies auszusprechen - die Bichtigkeit und innere Überzeugungskraft. Die Ernennung Grandvals ist, und das dürfte auch der Kanzler wissen, die logische Folge einer von ihm als "europäisch" verbrämten Politik, in deren Zeichen Frankreich seine Sonderstellung als Siegermacht zu konsolidieren erfolgreich bemüht ist. Gibt es eine Saarfrage erst seit gestern ? Stand sie nicht zur Diskussion von dem Tage an, als Frankreich das Saargebiet wirtschaftlich annektierte und ihm eine eigene Verfassung aufnötigte ? Mußte die französische Regierung nicht des Glaubens sein, daß sich die Bundesregierung mit allem abfinden werde, was an der Saar in europawidrigem Geist geschieht ?

Die USA und England sollen nun dem Kanzler aus einer peinlichen Verlegenheit helfen, in die er sich selbst gebracht hat. Adenauer stellt aufgrund der "neuen Lage" den deutschen Sicherheitsbeitrag in Frage. Das ist, zugegebenermaßen, eine äußerst wirksame Drohung und sie wird vielleicht nicht verfehlen, daß Paris, unter anglo-amerikanischem Druck, in der Form, aber nicht in der Sache in der Saarfrage leiser tritt. Das wiederum könnte der Kanzler als ureigensten Erfolg preisen lassen und die Krise innerhalb der Regierungskoalition, in die man gern auch die SPD hineinbeziehen möchte, wäre dann behoben. Aber diese einfache Rechnung weist viele unbekannte Größen auf, die selbst einem gerissenen Taktiker verderblich werden können.

Verantwortlich: Peter Raunau